



4.11.2013

Neue Agrar-Förderpläne gefährden durch drastische Kürzungen der Betriebsprämien für naturnahes Grünland nicht nur die Pflege artenreicher Wiesen und Almen, sondern auch die Umsetzung der österreichischen Schutzgebiete. Eine prämiemäßige Gleichstellung von extensivem Grünland ist dringend notwendig!

Sehr geehrter Herr Landesrat / Landeshauptmann! Sehr geehrte Clubobleute!

Wir wenden uns an Sie in einer dringenden Angelegenheit, die die Naturschutz- und Agrarressorts gleichermaßen betrifft und für die Zukunft der Biodiversität in ganz Österreich entscheidend ist:

Im Rahmen der neuen GAP-Regelungen planen Österreichs Agrarpolitiker beim größten Agrarfördertopf, den Direktzahlungen (jährlich 692 Mio. € an EU-Mitteln), drastische Verschlechterungen für wertvolle Naturschutzflächen. Die naturnahe, extensive Grünlandnutzung soll gegenüber Intensivgrünland und Acker finanziell entscheidend benachteiligt werden. Unter den Überschriften „Regionalmodell“ und „einheitliche Betriebsprämie“ zielt diese neue Direktzahlungsarchitektur darauf ab, dass einmähige Wiesen, Hutweiden, Bergmähder und Almen nur mehr 25% der Normalprämie erhalten.

Künftig soll also ein Landwirt z. B. für jeden Hektar leicht bewirtschaftbare und mit Gülle gedüngte Silage-Wiese 294,- Euro Direktzahlungen erhalten. Gleichzeitig soll ein Landwirt für weniger ertragreiche, schwer zu bewirtschaftende, naturnahe Blumenwiesen, Weiden oder Almen nur 73,50 Euro bekommen. Aufgrund dieses künstlich erzeugten ökonomischen Drucks würden viele Landwirte gezwungen, ihr naturnahes Grünland entweder zu intensivieren oder aufzugeben.

Diese nationalen Marktprämienregelungen der „Säule 1“ würden daher - bei Verwirklichung der momentanen Pläne - künftig dramatisch negative Folgen auf den Naturschutz innerhalb und außerhalb von Schutzgebieten haben:

Schwächung der erfolgreichen Vertragsnaturschutz-Modelle

Die Pflege der meisten Schutzgebiete in Österreich wird durch Prämien aus der „Säule 2“ gesichert. Durch eine Schlechterstellung bei der Betriebsprämie würden jedoch die bisher erfolgreichen Vertragsnaturschutz-Programme unattraktiv, denn die Pflegeprämien können den Einkommensverlust bei der Betriebsprämie nicht wettmachen. 2014 muss sich jeder Landwirt neu entscheiden, welche Nutzungsform er auf welcher Fläche bis 2020 praktizieren will. Eine Austrittswelle bei den Maßnahmen für extensives Grünland ist absehbar.

Einhaltung von Verpflichtungen und Zielsetzungen wird erschwert

Bereits jetzt weisen 83% der Grünland-Lebensraumtypen, deren Bewahrung Österreich aufgrund der FFH-Richtlinie gewährleisten muss, einen ungünstigen oder schlechten Erhaltungszustand auf. Wenn der Druck auf das naturnahe Grünland durch falsche förderpolitische Weichenstellungen steigt, ist nicht nur die notwendige Verbesserung, sondern sogar ein Halten des status quo durch Maßnahmen der Ländlichen Entwicklung außer Reichweite.

Mehrbelastung der Naturschutzbudgets der Länder

Da die Verpflichtungen z. B. zum Erhalt und zum Management von Natura 2000-Gebieten unabhängig von der nationalen Gestaltung der Betriebsprämie einzuhalten sind, müssten die davon betroffenen Länder Geld aus dem eigenen Haushalt aufbringen, um den Ausstieg von Landwirten aus den landwirtschaftlichen Vertragsnaturschutz-Programmen auszugleichen.

Um ein sich abzeichnendes Desaster in der Naturschutzpraxis zur Erhaltung des Extensivgrünlandes in Österreich zu verhindern, bitten wir Sie, in dieser Sache tätig zu werden. Nachdem der Naturschutz in der Verantwortung der Länder liegt, erscheint es dringend angeraten, dass die Landesregierungen hier ihre Verantwortung auch für die Ausgestaltung aller naturschutzrelevanten EU-Förderrichtlinien rechtzeitig wahrnehmen – auch in der GAP-Säule 1, bei den Direktzahlungen.

Da die Frage dieser Betriebsprämienregelungen in den nächsten Wochen auf nationaler Ebene bzw. in den Regierungsverhandlungen zu entscheiden sein wird, ersuchen wir Sie, die Anliegen des Natur- und Landschaftsschutzes auf Bundesebene mit entsprechendem Nachdruck zu vertreten.

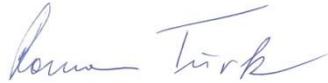
Die Naturschutzverbände werden jedenfalls mit größtmöglichem Einsatz versuchen, diese umweltschädigenden Förderpläne in den nächsten Wochen abzuwenden. Wir stehen gerne für direkte Gespräche in dieser Frage zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Für BirdLife Österreich

Mag. Gerald Pfiffinger, Geschäftsführer

Für den Naturschutzbund Österreich



Präsident Univ. Prof. Dr. Roman Türk

Für die Naturfreunde Österreich



DI Regina Hrubek, Leiterin Abteilung Natur und Umweltschutz

Für den WWF Österreich

Univ. Prof. Mag. Dr. Georg Grabherr

Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates

Anlagen:

- Erläuterungen zu diesem Schreiben
- Stellungnahme der NGOs zum Programmentwurf des Österreichischen Programms der Ländlichen Entwicklung vom 28.10.2013

Gleichlautende Schreiben an:

- Landesräte für Naturschutz aller Bundesländer
- Landeshauptmänner aller Bundesländer
- Parlamentsclubs